TOP 3.4.1 „Berufsschulzeiterweiterung – eine Forderung der AK wird erfüllt“

Abteilung Bildungspolitik (Renate Belschan-Casagrande)

Worum geht es bei der Berufsschulzeiterweiterung?

~~Vor einem Jahr wurden 165 Lehrpläne für Berufsschulen neu verordnet. Ziel war es dabei, die neuen Lehrpläne kompetenz- und ergebnisorientiert zu gestalten. Nicht die Input-, sondern die Outputorientierung steht somit im Fokus. Diese Reform war notwendig, um den Anforderungen in der beruflichen Praxis auch in der schulischen Ausbildung gerecht zu werden.~~

Ausgeschlossen von dieser Reform waren all jene Lehrberufe, deren Unterrichtszeit für die Ausbildungsdauer von 3 Jahren unter 1.260 Unterrichtsstunden lag. Unter diesen verbleibenden 31 Lehrberufen waren vor allem die Lehrberufe im Gastgewerbe und Einzelhandel betroffen, deren Unterrichtszeit nur 1.080 Stunden für die gesamte Lehrzeit umfasste.

Die AK forderte vehement und konsequent die Berufsschulzeiterweiterung. Alle dreijährigen Lehrberufe sollen mindestens 1.260 Unterrichtsstunden erhalten. Denn mit der Berufsschulzeiterweiterung ist es möglich, leistungsstärkere Jugendliche durch Zusatzangebote besser zu fordern und leistungsschwächere Jugendliche intensiver zu fördern.

Was wurde zur Durchsetzung dieser Forderung von der AK unternommen?

- Im Juni 2010 wurde der Antrag auf Berufsschulzeiterweiterung in der Hauptversammlung gestellt.
- Im Frühjahr 2010 wandte sich der damalige AK-Präsident Herbert Tumpel an die damalige BM Claudia Schmied mit der Bitte, die Berufsschulzeiterweiterung voranzutreiben.
- Zahlreiche Gespräche mit VertreterInnen der WKÖ wurden vonseiten der AK mit und ohne VertreterInnen des BMB in den letzten Jahren geführt.
- Bei allen Lehrplanverhandlungen auf Bundesebene für die Berufsschullehrpläne wurde die Forderung vonseiten der AK konsequent eingebracht.
- Schlussendlich gelang es, dass die Berufsschulzeiterweiterung in das aktuelle Arbeitsprogramm der Bundesregierung aufgenommen wurde.
- Präsident Rudi Kaske hat in mehreren Presseaussendungen und Reden auf die ungerechte Verteilung der Unterrichtsstunden in den betroffenen Lehrberufen hingewiesen und die Berufsschulzeiterweiterung gefordert.
- Diese Forderung wurde stets auch von den VertreterInnen des ÖGB sowie der einzelnen Fachgewerkschaften erhoben.

Nun wurden die verbleibenden Berufsschullehrpläne, die bisher bei dreijähriger Lehrzeit unter 1.260 Unterrichtsstunden lagen, ebenfalls reformiert und auf das von der AK geforderte Mindestmaß angehoben. Die Verordnung sollte mit kommendem Schuljahr in Kraft treten.

Die Berufsschulzeiterweiterung ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit in der dualen Ausbildung, von der zahlreiche Lehrlinge – und auch ausbildende Betriebe – profitieren.